



DI JOSEF PRÖLL
 BUNDESMINISTER
 FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT,
 UMWELT UND WASSERWIRTSCHAFT

Zl. 13.500/69 -I 3/2003

28. Aug. 2003

Gegenstand: Schriftl.parl.Anfr.d.Abg.z.NR Mag. Johann Maier,
 Kolleginnen und Kollegen vom 30. Juni 2003, Nr. 578/J,
 betreffend Meldeverpflichtung nach der "Verpackungs-
 verordnung Großabfallstellen"

XXII. GP.-NR

617 /AB

2003 -08- 29

zu 578 /J

An den
 Herrn Präsidenten
 des Nationalrates
 Dr. Andreas Khol

Parlament
 1017 Wien

Auf die schriftliche Anfrage der Abgeordneten Mag. Maier, Kolleginnen und Kollegen vom 30. Juni 2003, Nr. 578/J, betreffend Meldeverpflichtung nach der "Verpackungsverordnung - Großabfallstellen, beehre ich mich Folgendes mitzuteilen:

Vorweg ist festzuhalten, dass sich die Pflichten der Selbsterfüller (Unternehmen, die die Pflichten der Verpackungsverordnung selbst erfüllen und nicht an einem Sammel- und Verwertungssystem teilnehmen) von jenen der Großabfallstellen unterscheiden. Im Falle der Selbsterfüller handelt es sich um Pflichten hinsichtlich der von diesen Unternehmen in Verkehr gesetzten (an eine andere Rechtsperson übergebenen) Verpackungen. Die Pflichten der Großabfallstellen betreffen ausschließlich die in Betriebsstätten anfallenden (also nicht weiter gegebenen) Verpackungen. Setzt eine Großabfallstelle auch Verpackungen in Verkehr, so gelten die gleichen Rechte und Pflichten wie für Selbsterfüller bzw. Systemteilnehmer.

Zu Frage 1:

Derzeit sind 15 Großabfallstellen im Großabfallstellenregister des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft eingetragen. Die aktuell gültige

Liste mit Namen und Adresse ist auf der homepage des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft öffentlich einsehbar.

Kärnten: 3

Niederösterreich: 1

Oberösterreich: 2

Salzburg: 1

Steiermark: 4

Vorarlberg: 1

Wien: 3

Zu Frage 2:

Bereits zum Zeitpunkt des Antrages haben Großanfallstellen nicht nur den Nachweis zu erbringen, dass die geforderte Mengenschwelle an Verpackungsabfällen nachvollziehbar überschritten wird, sondern auch ein Abfallwirtschaftskonzept bzw. einen Maßnahmenplan darzulegen, wie die Abfälle erfasst und verwertet werden.

Darüber hinaus haben Großanfallstellen gemäß § 8 Abs. 4 der Verpackungsverordnung spätestens drei Monate nach Ablauf jedes Kalenderjahres für das vorangegangene Kalenderjahr die angefallenen und nach Gebrauch verwerteten oder zur Verwertung übergebenen Verpackungen gegliedert nach Packstoffen unter Angabe des Übernehmers der Abfälle zu melden.

Zu Frage 3:

Eine Befreiung von der Meldepflicht sieht die Verpackungsverordnung nicht vor.

Zu Frage 4:

Die Überprüfung auf Eingang der Meldungen sowie des materiellen Inhalts der Meldung erfolgt jährlich für jede Großanfallstelle.

Darüber hinaus wurden 4 Großanfallstellen im Jahr 1999 und 3 Großanfallstellen im Jahr 2000 einer Kontrolle vor Ort durch Sachverständige im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft unterzogen.

Zu Frage 5:

Komplementärmengenlizenzierungen sind jeweils bis spätestens 31. März für das vorangegangene Kalenderjahr zu erstatten und werden nicht vor Ablauf des Kalenderjahres getätigt. Die Frage wird daher so verstanden, dass sie sich auf die Anzahl der Komplementärmengenlizenzierungen für das Kalenderjahr 2002 bezieht, die bis zum 31. März 2003 bei Systemen abgeschlossen wurden.

ARA System: 82 Unternehmen

Wien: 19

Niederösterreich: 18

Oberösterreich: 18

Tirol: 7

Vorarlberg: 3

Burgenland: 3

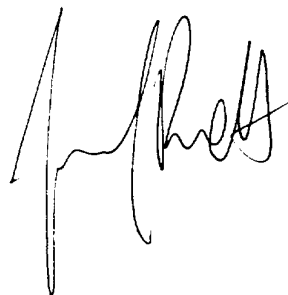
Steiermark: 8

Kärnten: 3

Ausland: 3

EVA GesmbH: 4 Unternehmen

Der Bundesminister:

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'F. Pichler', written in a cursive style.